

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 10.10.2006

Ort: Ratshof, Raum 105/107, Marktplatz 1, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Geier zog die geplante Vorlage 4.1 – Wertgutachten Wohnungswirtschaft – Vorlage: IV/2006/06073 zurück, da die Möglichkeit genutzt werden sollte, vertiefende Informationen in den Fraktionen zu geben, um Transparenz zu schaffen. Wiedervorlage: 14. 11. 2006

Frau Weiß und Frau Wolff kritisierten den Stand des übergebenen Materials. Es habe keine Fortschreibung zum Stand vom März 2006 stattgefunden. Den Stadträten werde zugemutet, Maßnahmen zu beschließen, bei denen bereits bekannt ist, dass diese so nicht umgesetzt werden. Außerdem sei die von der Verwaltung zurückgezogene Vorlage die Voraussetzung für die Erreichung des gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleichs innerhalb des Haushalts. Deshalb könne in der heutigen Sitzung nicht über die Finanzplanung abgestimmt werden.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, in der heutigen Sitzung über die Teile des übergebenen Materials zu beraten, die unstreitig seien und die restlichen Punkte zu vertagen.

Diesem Vorschlag folgten die Mitglieder des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 19., 24. und 31.01., 02.02. und 14.03.2006
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Vorlage: IV/2005/05503
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU,
zum Medienetat der Stadtbibliothek
Vorlage: IV/2006/05856
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

(16:45 Uhr – Herr Weiland kam in die Sitzung.)

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 19., 24. und 31.01., 02.02. und 14.03.2006

Es wurden keine Änderungen der Ergänzungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der Sitzungen am 19., 24. und 31.01., 02.02. und 14.03.2006 wurden ohne Änderungen oder Ergänzungen beschlossen.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004 Vorlage: IV/2005/05503

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Weiland, Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Frau Nagel, Herr Sänger, Herr Wolter, Herr Schramm, Herr Dr. Schmidt, Herr Geier, Herr Dr. Marquardt und Herr Doege.

Frau Weiß fragte, ob ihr Antrag aus der Sitzung am 17.01.2006 umgesetzt wurde. (Antrag: Die Stelle des Fachbereichsleiters / der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 11 wird nicht von einer Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle umgewandelt.)

Herr Geier führte aus, dass er davon ausgehe, sagte jedoch eine zusätzliche Information in der Sitzung am 17.10.2006 zu.

Auf Anfrage von Herrn Weiland zum Stand des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement führte Herr Geier aus, dass dieser gemäß der rechtlichen Verpflichtung in der derzeitigen Fassung der Haushaltssatzung als Anlage beizufügen ist. Er sagte weitere Informationen bzgl. des Standes der Beschlussfassung im EB ZGM zu.

Die Mitglieder des Ausschusses kritisierten den Stand der übergebenen Unterlagen. Seit der letzten Haushaltsplanberatung im März 2006 habe es eine Weiterentwicklung gegeben, die nicht ihren Niederschlag in den Unterlagen gefunden habe. Weiterhin wurde kritisiert, dass es nach den Informationen in der Fraktionsvorsitzendenrunde am 04.10.2006 innerhalb von 5 Arbeitstagen zu belastenden Veränderungen in Millionenhöhe gekommen sei.

Herr Geier erläuterte, dass diese Veränderungen u. a. durch die Kostenentwicklung im Bereich von Hartz IV und im Bereich der VVV (Medienankäufe der HAVAG erheblich verteuert) entstanden seien. Diese haben erheblichen Einfluss auf die geplanten Jahresscheiben des Abbaus der Altdefizite. Weiterhin ging er auf die geänderten Ansätze bezüglich der Konsolidierungsbeiträge durch die Wohnungswirtschaft ein.

Die Mitglieder nahmen die Übersicht der Veränderungen der Deckungskreise und bewirtschaftenden Stellen zur Kenntnis, ebenso wie die Wirtschaftspläne.

Auf Nachfrage zum Wirtschaftsplan des Thalia Theaters erläuterte Herr Dr. Marquardt, dass Grundlage für dieses das Fachkonzept sei, welches noch nicht beschlossen sei. Dieses eröffne die Möglichkeiten der Prüfung des Abschlusses eines Haustarifvertrages für das Thalia Theater.

Bezüglich der Finanzplanung informierte Herr Geier auf Anfrage über die Entwicklung der Einnahmen aus den Beteiligungsveräußerungen, die auch erhebliche Auswirkungen auf die Zinsent- bzw. Zinsbelastung der Stadt haben.

Herr Doege erläuterte in groben Zügen den Stand bezüglich der AWH.

Die Privatisierung der Händel-HALLE sei zurzeit noch nicht im Haushalt berücksichtigt, da dies der derzeitige Stand der Verhandlungen noch nicht zulasse und diese Einnahmen für den Abbau des strukturellen Defizits Berücksichtigung finden müssen und nicht zum Abbau des Altdefizits, legte Herr Geier dar.

Weiterhin zeigte Herr Geier aufgrund einer Nachfrage auf, dass sich der Beitrag der Wohnungswirtschaft zur Konsolidierung des Haushaltes aus der notwendigen Höhe des zu deckenden Betrages im Haushalt ergebe. Dieser Beitrag sei durch beide kommunale Wohnungsgesellschaften zu erbringen.

Herr Dr. Meerheim merkte dazu an, dass dann der Betrag angepasst werden müsse, den die Wohnungsgesellschaften aufgrund von Ankäufen von Immobilien der Stadt erbringen sollen. Eine der beiden Maßnahmen könne nur sinnvollerweise umgesetzt werden.

Herr Geier betonte, dass das Konsolidierungskonzept ständig fortgeschrieben werde. Der derzeitige Stand sei eine Momentaufnahme des Jahres 2006. Eine Umsteuerung und die Aufnahme von neuen Maßnahmen sei jederzeit möglich. Da die Freigabe der Mittel für Transaktionskosten immer durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erfolgen müsse, sei dieser über die aktuelle Entwicklung informiert. Weiterhin müsse es zu einer strukturellen Umsteuerung des städtischen Verwaltungshaushaltes kommen. Der avisierte Rückgang der Landeszuweisungen wurde im Haushaltsplanentwurf 2006 und wird auch im Entwurf für 2007 seinen Niederschlag finden. Die geplante positive Entwicklung innerhalb der Finanzplanung gehe von den Orientierungsdaten aus. Ebenfalls seien die Mittel für das PPP-Projekt und dessen Umsetzung eingeplant. Die Tendenz der Haushaltsplanentwicklung 2006 korrespondiere mit den geplanten Zahlen. Die aktuellen Entwicklungen wurden berücksichtigt.

Die Mitglieder des Ausschusses kritisierten den Stand der übergebenen Unterlagen, insbesondere der Haushaltskonsolidierung. Die Maßnahmeblätter sollen auf den aktuellen Stand gebracht und verteilt werden. Die nicht umsetzbaren Maßnahmen sollen benannt und die neuen Maßnahmen entsprechend gekennzeichnet werden.

Frau Wolff wies darauf hin, dass die Verwaltung zugesagt habe, vierteljährlich über den Stand der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung zu berichten. Diese Zusage wurde nicht mehr eingehalten, wäre aber spätestens zur Abschlussberatung des Haushaltes zu erwarten gewesen.

Herr Weiland stellte folgenden **Geschäftsordnungsantrag**:

Die Beratung zur Haushaltssatzung wird vertagt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Unterlagen zu aktualisieren (Stand 30.09.2006). Bis dahin wird die Diskussion zur Haushaltssatzung usw. ausgesetzt.

Herr Schramm ergänzte den **Antrag**:

Den neuen Unterlagen ist eine Hochrechnung über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2006 beizufügen.

Herr Geier und Herr Dr. Marquardt führten aus, dass eine komplette Überarbeitung des Haushaltsplanes 2006 zeitlich nicht möglich sei.

Herr Dr. Schmidt stellte den Antrag: Die Verwaltung solle die geplanten und nach Prüfung nicht mehr realisierbaren Maßnahmen benennen und mit dem Landesverwaltungsamt abstimmen. (Dieser Antrag wurde von Herrn Dr. Schmidt nicht weiter verfolgt. Es erfolgte keine Abstimmung.)

Herr Geier gab vor dem Hintergrund des weiten terminlichen Fortschritts im Haushaltsjahr zu bedenken, welche Folgen eine Vertagung habe und welche Ergebnisse für den Rat und die Verwaltung dadurch erreicht werden können. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, den Beschluss für das Haushaltsjahr 2006 nicht aufzuschieben und alle Kraft des Stadtrates und der Verwaltung in die Haushaltsdiskussion für das Jahr 2007 zu verwenden.

Die Mitglieder betonten, dass sie die Angliederung der Stabsstelle Haushaltskonsolidierung an den Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin nicht für richtig halten. Eine Eingliederung in den Geschäftsbereich Zentraler Service wäre sinnvoller.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Weiland und des Ergänzungsantrages von Herrn Schramm:

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

Herr Misch mahnte an, dass für die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße, für die die Betriebserlaubnis im Jahr 2007 auslaufe, keine Mittel für die Planung und den Ersatzneubau geplant seien. Die Folgen, die daraus entstehen, seien der Verwaltung bekannt. Er bat eindringlich, Lösungsmöglichkeiten für das Problem zu suchen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU,
zum Medienetat der Stadtbibliothek
Vorlage: IV/2006/05856**

(Herr Kupke übernahm die Vertretung von Herrn Misch.)

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Kupke und Herr Dr. Marquardt.

Herr Kupke begründete seinen Antrag ausführlich.

Herr Dr. Marquardt führte aus, dass trotz intensiver Prüfung aufgrund der angespannten Haushaltslage keine Möglichkeit gesehen werde, den Etat der Stadtbibliothek zu erhöhen.

(19:15 Uhr - Herr Hajek verließ die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Medienetat der Stadtbibliothek zum Ankauf von Büchern, Hörbüchern, DVD, CD besteht ab Haushaltsjahr 2007 aus folgenden eigenen Einnahmen der Stadtbibliothek:

- der Ausleihgebühr 1.3520.110000

- der Säumnisgebühr 1.3520.110600

- dem Verkaufserlös ausgederter Medien	1.3520.130000
- den Einnahmen aus Schadensersatzleistungen	1.3520.150700

zu 6 Anfragen von Stadträten

Errichtung eines Cafes auf der Tiefgarage Hansering Förderung der Errichtung mit einem städtischen Zuschuss

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.10.2006 steht die Vorlage:

Errichtung eines Cafes auf der Tiefgarage Hansering
Förderung der Errichtung mit einem städtischen Zuschuss
Vorlage: IV/2005/04932.

Frau Weiß bittet um eine schriftliche Stellungnahme des Fachbereiches Rechnungsprüfung zu o. g. Vorlage.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Olympiamittel

Herr Geier informierte aufgrund seiner Zusage in der Sitzung am 12.09.2006 (Antrag auf Mehrausgabe für das Sportzentrum Robert-Koch-Straße, Drei-Felder-Halle) über die Abrechnung der Olympiamittel:

- Zahlung an die Stadt Leipzig entsprechend Vertrag in Höhe von 489.355,00 €
- Rückzahlung der Stadt Leipzig aufgrund des Scheiterns in Höhe von 132.024 ,50 €
- Bildung eines Kassenausgaberesstes 2004 in Höhe von 132.024,50 €
- Zahlung aus dem Kassenausgaberesst 2004 in Höhe von
 - 100.000 € für die Drei-Felder-Halle
 - 23.00 € für die Umzäunung der Werferhalle
- Somit ist noch ein Kassenrest betreffend die Olympiarückerstattung in Höhe von 9.024,50 € vorhanden.

zu 8 Anregungen

zu 9 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des

Egbert Geier
Beigeordneter

Martina Beßler
Referentin

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 10.10.2006 – öffentlich – Sondersitzung Haushalt

Ausschusses

Zentraler Service

Protokollantin